



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Migration,
Justiz und Verbraucherschutz
Herrn Stefan Möller, MdL

THÜR. LANDTAG POST
10.11.2023 06:49

28719/2023

per Mail

Würzburg, den 7.11.2023

Sachverständige Stellungnahme zu

1. Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen – Fachliche und persönliche Voraussetzungen für das Amt eines Ministers, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – LT-Drs. 7/7785

2. Viertes Gesetz zur Änderung des Thüringer Miniestergesetzes – fachliche und persönliche Voraussetzungen für das Amt eines Ministers, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – LT-Drs. 7/7786 kF

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

mit Schreiben vom 21.9.2023 bin ich um die Abgabe einer sachverständigen Stellungnahme zu o.g. Gesetzentwürfen gebeten worden. Dieser Bitte komme ich mit der nachfolgenden Stellungnahme gerne nach.

I. Vorbemerkung

Expertenregierungen sind politikwissenschaftlich eher eine Ausnahmeerscheinung, auch in der Realität sind sie – wie beispielsweise die Österreichische Expertenregierung in der Zeit von Juni 2019 bis Januar 2020 zeigt – nicht der Regelfall; dabei könnte man annehmen, dass die Forderung, der Inhaber eines Amtes wie das eines Ministers müsse über eine hinreichende Expertise verfügen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, was aber in Ansehung der Realität wohl eher dem Bereich des Wünschbaren, nicht aber des Tatsächlichen entspricht.

- siehe dazu *Bubrowski/Wyssuwa*, Rechtspolitik ohne Juristen, FAZ v. 10.6.2020, www.faz.net -



TLT/14423/23/2

Die Gesetzentwürfe der Fraktion der CDU im Thüringischen Landtag, die hier gemeinsam behandelt werden, stellen sowohl auf der Ebene der Verfassung selbst – konzipiert als normative Grundlage der nachfolgenden Regelungen – und auf einfachgesetzlicher Ebene fachliche und persönliche Anforderungen an das Amt eines Ministers auf, um auf diese Weise den besonderen Anforderungen des Amtes Rechnung zu tragen. Die nachfolgende Stellungnahme umfasst nur eine verfassungsrechtliche Würdigung und enthält sich verfassungspolitischer Aussagen zur Sinnhaftigkeit oder Zweckmäßigkeit der einzelnen Regelungen.

II. Der Inhalt beider Entwürfe

Beide Entwürfe gehen davon aus, dass die aktuelle Rechtslage den Anforderungen, die in fachlicher und persönlicher Hinsicht an das Amt eines Ministers zu stellen sind, nicht (mehr) gerecht werden; gerade wegen ihrer großen Verantwortung für das jeweilige Fachressort müssten sie, um dieser Verantwortung gerecht zu werden, auch bestimmte Mindestanforderungen erfüllen.

- vgl. insoweit übereinstimmend: LT-Drs. 7/7785, S. 3 und LT-Drs. 7/7786, S. 3 -

Ausgehend von dem Befund, dass nach Art. 70 Abs. 4 der Verfassung des Freistaates Thüringen (ThürVerf) der Ministerpräsident die Minister ernennt und entlässt und die Verfassung daneben keine weiteren Voraussetzungen normiert, die Entscheidung vielmehr in das Ermessen des Ministerpräsidenten stellt, soll mit dem Änderungsentwurf zur Verfassung ein Gesetzesvorbehalt für eine nähere landesgesetzliche Ausgestaltung geschaffen werden. Im Rahmen der auf dieser Grundlage möglichen näheren Konkretisierung sollen dann durch eine Änderung des Ministergesetzes in § 1a MinisterG bestimmte fachliche (Masterabschluss, Bachelorabschluss und mindestens zweijährige hauptberufliche Tätigkeit oder abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens zweijährige hauptberufliche Tätigkeit) sowie ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zur Voraussetzung der Ausübung des Ministeramtes gemacht werden.

III. Die Bewertung aus verfassungsrechtlicher Sicht

Ausgehend von der Erwägung, dass Expertise notwendige Voraussetzung der Begründung von Letztentscheidungskompetenzen ist,

- so treffend *Münkler*, Expertokratie, 2020, S. 279 -

und daher entsprechendes Fachwissen erfordert, verfolgen die Gesetzentwürfe ein grundsätzlich zu begrüßendes Ziel. Unstreitig erfordert eine immer komplexere Welt entsprechende Problemerkennungs- und dann auch –lösungskompetenzen, die jedenfalls auch durch gesetzlich festgelegte Qualifikationsanforderungen eingefordert und damit auch gewährleistet werden können.

1. Verfassungsrechtliche Ausgangslage am Beispiel des GG und des Freistaats Thüringen

Ausgehend von dem Befund, dass auf der Ebene des Grundgesetzes aus der Zusammenschau der Art. 63, 64 und 67 GG ein materielles Kabinettsbildungsrecht

im Sinne einer Personalkompetenz des Bundeskanzlers abgeleitet wird und der Bundeskanzler diese Entscheidung im alleinigen freien Ermessen trifft

- dazu *Epping*, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, Art. 64 Rn. 2; *Hermes*, in: Dreier, GG, 3. Aufl., 2015, Art. 64 Rn. 5-

wird dieses Ermessen allein dadurch begrenzt, dass die vorzuschlagende Person die gleichen Wählbarkeitsvoraussetzungen besitzt, die auch für die Wahl des Bundeskanzlers vorliegen müssen. Der Vorgeschlagene muss daher deutscher Staatsangehöriger i.S.v. Art. 116 GG sein, das passive Wahlrecht zum Bundestag besitzen und zudem die Gewähr der Verfassungstreue bieten.

- dazu *Epping*, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, Art. 64 Rn. 1; *Hermes*, in: Dreier, GG, 3. Aufl., 2015, Art. 64 Rn. 5; Herzog, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 101. Ergl. 2023, Art. 64 Rn. 13-

Weitere Voraussetzungen sieht das Grundgesetz, insbesondere Anforderungen an die fachliche Eignung der jeweiligen Minister, nicht vor; es handelt sich um eine genuin politische Entscheidung, für die das Grundgesetz keine Maßstäbe vorhält.

- vgl. *Roth*, Bundeskanzlerermessen im Verfassungsstaat, 2009, S. 140 f. -

Vor diesem Hintergrund wären Eingriffe in diese Personalhoheit des Bundeskanzlers ohne entsprechende gesetzliche Ermächtigung von Verfassungs wegen unzulässig; dementsprechend wären auch einfachgesetzliche Regelungen ohne die Schaffung einer expliziten Rechtsgrundlage verfassungswidrig.

Mit Blick auf die Landesebene ist von folgenden Erwägungen auszugehen. Die Landesregierung als oberstes Organ der vollziehenden Gewalt im Land besteht aus dem Ministerpräsidenten und den Ministern (Art. 70 Abs. 1 u. 2 ThürVerf).

- zu abweichenden Bezeichnungen in den Stadtstaaten s. *Herdegen*, HStR VI, § 129 Rn. 33 -

Während der Ministerpräsident selbst vom Landtag gewählt wird (s. Art. 70 Abs. 3 ThürVerf), ernennt und entlässt dieser wiederum in eigener Entscheidungsgewalt die Minister nach Art. 70 Abs. 4 Satz 1 ThürVerf).

- inhaltsgleiche bzw. ähnliche Vorschriften finden sich u.a. in Art. 45 BV; Art. 46 Abs. 2 Verf BW; Art. 56 Abs. 2 BerlVerf; Art. 84 BbgVerf; Art. 107 Abs. 2 BremVerf; Art. 34 Abs. 2 HmbVerf; Art. 101 Abs. 2 HessVerf; Art. 43 Verf M-V; Art. 29 Abs. 2 NdsVerf; Art. 52 Abs. 3 Verf NRW; Art. 98 Abs. 2 RhPf Verf; Art. 87 Abs. 1 SaarlVerf; Art. 60 Abs. 3 SächsVerf; Art. 65 Abs. 3 Verf SA; Art. 26 Abs. 2 Verf SH -

Formale Voraussetzungen für die Ernennung existieren neben der Notwendigkeit der Eidesleistung (Art. 71 ThürVerf) nicht. Art. 72 ThürVerf formuliert insoweit noch einschränkend als Inkompatibilitätsregeln, dass die Mitglieder der Landesregierung kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben dürfen bzw. sie nicht ohne Zustimmung des Landtags der Leitung oder dem Aufsichtsgremium eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören dürfen. Art. 76 Abs. 1 ThürVerf bildet insoweit das Herzstück dieses Verfassungsabschnitts: So bestimmt der Ministerpräsident die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür gegenüber

dem Landtag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leiten und verantworten die Minister ihren Geschäftsbereich selbständig. Formale Qualifikationsanforderungen für die vom Ministerpräsidenten ausgewählten Regierungsmitglieder bestehen dabei aber nicht. Auch in den anderen Bundesländern fehlt es an entsprechenden rechtlichen Anforderungen in den Landesverfassungen. Die Landesministergesetze enthalten ebenfalls keine entsprechenden Anhaltspunkte für vergleichbare fachliche und persönliche Anforderungen.

Vor diesem Hintergrund ist auch in Thüringen davon auszugehen, dass ohne eine entsprechende Änderung der Landesverfassung mit der Schaffung eines Gesetzesvorbehalts einfachgesetzliche Ausgestaltungen der fachlichen und persönlichen Anforderungen an das Amt eines Ministers nicht statthaft wären; insoweit schließen beide Gesetzentwürfe diese Lücke und schaffen damit die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen.

2. Ernennung von Regierungsmitgliedern in der Staatspraxis der Länder

In der Auswahl des Personals steht den Ministerpräsidenten ein weites politisches Ermessen zu;

- vgl. z.B. *Lindner*, in: ders./Möstl/Wolff, 2. Aufl., 2017, Art. 45 BV, Rn. 5 -

die Landesverfassungen enthalten keine festgeschriebenen Anforderungsprofile oder sonstige formale Voraussetzungen für die zu ernennenden Personen. Diese Personalkompetenz ist auch im Zusammenhang mit der Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten

- siehe insoweit nur Art. 76 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf, Art. 47 Abs. 2 BV; Art. 49 Abs. 1 Verf BW; Art. 58 Abs. 2 BerlinVerf; Art. 89 BbgVerf; Art. 42 Abs. 1 S. 2 HambVerf; Art. 102 S. 1 HessVerf; Art. 46 Abs. 1 MecklenbVorpVerf; Art. 37 Abs. 1 S. 1 NiedersachsVerf; Art. 55 Abs. 1 Verf NRW; Art. 104 S. 1 RhPf Verf; Art. 91 Abs. 1 S. 1 SaarlVerf; Art. 63 Abs. 1 SächsVerf; Art. 68 Abs. 1 Verf SA; Art. 29 Abs. 1 S. 1 Verf SH -

zu sehen, welche nicht zuletzt Ausdruck seiner starken Stellung in den Landesverfassungen ist. Mitunter bedarf es bei der Regierungsbildung in den Ländern der parlamentarischen Mitwirkung in der Form individueller oder dem Kollegium erteilter Zustimmung oder durch eine Art parlamentarischer „Investitur“ der Regierung, die in der Bestätigung der Amtsübernahme liegt. Fragt man nach (informellen) Kriterien für die Personen, die von den Ministerpräsidenten für die Regierungsbildung regelmäßig ausgewählt werden, so sind dies neben politischen Führungsfähigkeiten als notwendiger Voraussetzung überhaupt daneben auch Verdienste und Netzwerk, Freundschaft, Vertrauen und Loyalität zum Regierungschef

- den Gedanken der Loyalität betont beispielsweise *Herzog*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 101 Ergl., 2023, Art. 65 Rn. 21-

Daneben spielen Repräsentationskriterien, also die Zugehörigkeit zu einer relevanten politischen, territorialen oder sozialen Gruppierung eine nicht unbedeutende Rolle; dabei mag auch Proporzdenken ebenso ein zu berücksichtigender Faktor sein. In tatsächlicher Hinsicht werden in der Praxis regelmäßig als Kriterien für die Berufung in ein Regierungsamt neben dem bisherigen Engagement in politischen Parteien und Organisationen und der Loyalität zum Regierungschef

auch die zeitlichen Möglichkeiten zur Ausübung des Regierungsamtes sowie selbstverständlich auch vorhandene Fachkenntnisse und sonstige für ein oberstes Staatsamt unerlässliche Befähigungen herangezogen.

3. Die Notwendigkeit zur Einführung gesetzlicher Mindestanforderungen an die Qualifikation der jeweiligen Amtsinhaber

Zunächst ist festzuhalten, dass die demokratische Legitimation der vom Ministerpräsidenten berufenen Regierungsmitglieder eher schwach ausgeprägt ist, zumal keine Erfordernisse dahingehend bestehen, dass der in Frage kommende Personenkreis auf Abgeordnete des Landtags beschränkt ist (was aber tatsächlich häufig der Fall ist).

- In Bremen und Hamburg dürfen Senatoren indes nicht dem Parlament angehören, s. dazu *Grotz/Schroeder*, Die Regierungssysteme der Länder, 2021, S. 360 -

Ein weiterer Gesichtspunkt mag sich aus einem Vergleich mit den Zugangsvoraussetzungen zum Öffentlichen Dienst ergeben. Nach Art. 33 Abs. 2 GG hat grundsätzlich jeder Deutsche gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte nach *Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung*, was im „öffentlichen Interesse an der Sicherung des fachlichen Niveaus, der Funktionsfähigkeit, der Effektivität und der rechtlichen Integrität des Staates sowie der Sicherung der Grundlagen rechtsstaatlichen Handelns der Verwaltung (Art. 20 III GG)“ liegt.

- dazu *Brosius-Gersdorf*, in: Dreier, GG, 3. Aufl., 2015, Art. 33 Rn. 73 -

Die Besetzung der Kabinettsposten basiert rein auf politischen Entscheidungen und weist mit der o.g. Bestimmung keine verfassungsrechtlichen Berührungspunkte auf, was sich zwar nicht zwingend aus dem Wortlaut,

- vom Terminus des öffentlichen Amtes umfasst sind grundsätzlich sämtliche vom Staat (Bund, Länder, Gemeinden; unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung) bereit gestellte Positionen, außer solche, die durch demokratische Wahl unmittelbar zu besetzen sind, str. dagegen bzgl. politischen Beamten, vgl. *Hense*, in: BeckOK GG, Art. 33 Rn. 9. -

aber aus dem systematischen Gesamtzusammenhang der beiden Regelungskomplexe ergibt. Regierungsmitglieder stehen in der Regel in einem spezifischen öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis, nicht in einem Beamtenverhältnis.

- vgl. insoweit auch *Lindner*, in: ders./Mörtl/Wolff, 2. Aufl., 2017, Art. 45 BV, Rn. 4.; *Horn*, in: Stern/Sodan/Mörtl, StaatsR, 2. Aufl., 2022, § 39 Rn. 19 –

Aber letztlich ist es kaum von der Hand zu weisen, dass es bisweilen etwas widersprüchlich anmutet, wenn sämtliche nachgelagerte Beamten und Mitarbeiter nach dem als Verfassungsgrundsatz ausgestalteten Prinzip der Bestenauslese

- dazu auch *Badura*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 101. Ergl., 2023, Art. 33 Rn. 26 –

ausgewählt werden müssen – für die Regierungsmitglieder dann aber jedwedes Mindestmaß an Fachkompetenz für ihr zu leitendes Ressort fehlt und das Leistungsprinzip

- ausführlich *Battis*, in: Sachs, GG, 9. Aufl., 2021, Art. 33 Rn. 27 –

formal überhaupt Weise beachtet werden muss.

4. Unterschiede bei der Regierungsbildung auf Bundes- und Länderebene

Für die Beantwortung der mit den Gesetzesinitiativen verbundenen Fragen ist indes auch auf Unterschiede bei der Regierungsbildung auf Bundesebene einerseits und der Ebene der Länder andererseits hinzuweisen.

So fehlt die Mitwirkung eines weiteren Organs wie die des Bundespräsidenten, der die Bundesminister auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernennt (Art. 64 Abs. 1 GG), auf Landesebene, wohl auch mangels eines dem Bundespräsidenten vergleichbaren Amtes innerhalb der Staatsorganisation der Länder. Hier erfolgt die Ernennung unmittelbar durch die Ministerpräsidenten.

Im Bund kommt dem Bundeskanzler eine umfassende Personal- und Organisationskompeten hinsichtlich der Regierungsbildung zu.

- dazu auch *Brinktrine*, in: Sachs, GG, 9. Aufl., 2021, Art. 64 Rn. 13 ff.; *Epping*, in: BeckOK GG, Art. 64 Rn. 2 f.; *Herzog*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 101. Ergl., 2023, Art. 64 Rn. 8 f.; *Horn*, in: Stern/Sodan/Möstl, StaatsR, 2. Aufl. 2022, § 39 Rn. 28 *Schröder*, in: v.Mangoldt/Klein/Starck, GG, 7. Aufl., 2018, Art. 64 Rn. 26 –

In den Vorschriften der Art. 63 ff. GG wird ein Regelungskomplex gesehen, welcher sich als umfassend und abschließend darstelle und keinen Raum mehr für einfach-gesetzliche Ausgestaltung lasse, insbes. nicht bzgl. der Aufstellung von persönlichen und fachlichen Kriterien der zu ernennenden Minister.

- Wissenschaftliche Dienste, Dt. Bundestag, WD 3 -3000 – 262/20, S. 3 u. 5; vgl. in diesem Zusammenhang auch zur Frage des Zugriffsrechts des Gesetzgebers auf die Organisationsgewalt des Bundeskanzlers *Horn*, in: Stern/Sodan/Möstl, StaatsR, 2. Aufl., 2022, § 39 Rn. 31; dagegen für die zulässige Regelung der Grobstruktur der Bundesregierung, z.B. Zahl der Ministerien und Aufgabengebiete *Hermes*, in: Dreier, GG, 3. Aufl., 2015, Art. 64 Rn. 23 –

In einer solchen einfach-gesetzlichen vom Parlament erlassenen Regelung wird auf Bundesebene bisweilen auch ein Verstoß gegen das Prinzip der Gewaltenteilung (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) gesehen,

- Wissenschaftliche Dienste, Dt. Bundestag, WD 3 -3000 – 262/20, S. 5 –

was sich allerdings zumindest vor dem Hintergrund in Zweifel ziehen lässt, da das Grundgesetz bei der personellen Besetzung der Staatsorgane selbst bereits keine strikte Trennung vornimmt, sondern Verschränkungen und Beteiligungen zulässt, insbesondere zwischen Bundestag und Bundesregierung.

- *Grzeszick*, in: Stern/Sodan/Möstl, StaatsR, 2. Aufl., 2022, § 33 Rn. 89 –

Auch wenn sich in den Landesverfassungen die Regelungskomplexe zur Regierungsbildung aus dem GG zum Teil inhaltsgleich wiederfinden, lassen sich die Erwägungen auf die Verfassungsrealität der Länder nicht uneingeschränkt übertragen: Denn in mehreren Ländern besteht ein verfassungsrechtlich verankerter Zustimmungsvorbehalt

- Art. 45 BV; Art. 29 Abs. 3 NdsVerf; Art. 98 Abs. 2 Satz 3 RhPf Verf; Art. 46 Abs. 3 Verf BW; Art. 101 Abs. 4 HessVerf. –

des Parlaments für die zu ernennenden Mitglieder der Regierung: In diesem „**Parlamentsvorbehalt**“, der mittelbar auch den Einfluss der Regierungsmehrheit im Landtag auf die Auswahl der Minister verstärkt, ist eine politische Rückkoppelung der Regierungsbildung zu sehen, in der die Abhängigkeit der Regierung vom Landtag im Rahmen des parlamentarischen Regierungssystems deutlich zum Ausdruck kommt. So besteht auch Verantwortung der einzelnen Mitglieder der Regierung für ihre Arbeit im jeweiligen Ressort ausdrücklich nach der Verfassung einiger Länder nicht nur gegenüber dem Regierungschef, sondern gleichzeitig auch gegenüber dem Landtag

- Art. 51 Abs. 1 BV; Art. 102 S. 2 HessVerf; Art. 104 S. 2 RhPf Verf; s. i.Ü. dazu inhaltlich *Herdegen*, HStR VI, § 129 Rn. 45.–

5. Parallelen und Unterschiede zur Richterwahl

Interessant erscheint in diesem Kontext auch der Vergleich hinsichtlich der Personalauswahl in der höchsten Ebene der judikativen Staatsgewalt der Länder. Die Landesverfassungsgerichte bzw. –gerichtshöfe (auch: Staatsgerichtshöfe) werden vergleichsweise selten konsultiert, sodass die Richter dort regelmäßig nicht hauptberuflich tätig sind, sondern dieses Amt neben einem anderen Beruf ehrenamtlich wahrnehmen. Häufig werden natürlich Berufsrichter oder Professoren des Rechts ausgewählt, die an anderen Gerichten oder Universitäten eingesetzt sind und daher fraglos über vertiefte juristische Kenntnisse verfügen. In allen Ländern außer dem Saarland können allerdings (zusätzlich) auch Verfassungsrichter ohne rechtswissenschaftlichen Studienabschluss (Laienrichter) berufen werden.

- dazu *Starck*, HStR VI, § 130 Rn. 28 –

Allerdings greift es zu kurz, von einer Gleichsetzung rechtsprechender Tätigkeit mit der politischen Leitung eines Landes durch entsprechende Minister auszugehen: Ein Verfassungsgericht betreibt Rechtsprechung, sodass als Voraussetzung Fachkenntnisse, welche sich hier in der Qualifikation als Volljurist entsprechend abbilden, unabdingbar erscheinen. Solche erscheinen im Allgemeinen bei politischer Tätigkeit in diesem Ausmaß nicht erforderlich. Insbesondere erscheint die politische Tätigkeit umfassender – darüber hinaus ist auch ein entsprechender unterstützender Mitarbeiterstab in der Ministerialverwaltung vorhanden. Aber je nach Ressort (z.B. Gesundheit, Justiz oder Finanzen) erscheint aufgrund der Eigenart der Materie ein mehr oder weniger hohes Maß an Grundkenntnissen oder Vorerfahrungen zweckmäßig, was auch dazu beitragen kann, die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Bevölkerung zu steigern. Insofern wäre eine hier diskutierte Verfassungsänderung zur Implementierung von Qualifikations-

anforderungen an Regierungsmitglieder als eine verfassungsrechtlich zulässige Maßnahme zur Gewährleistung einer amtsangemessenen Personalauswahl anzusehen, welche andernfalls in erster Linie nur dem Wohl und Wehe des Ministerpräsidenten (und ggf. der dahinter stehenden Regierungsmehrheit) überantwortet ist. Insbesondere kommt den Regierungsmitgliedern nicht nur politisch, sondern auch verwaltungsorganisatorisch eine große Verantwortung zu, indem sie qua Amt mit der selbstständigen Leitung der ihnen zugewiesenen Geschäftsbetriebe, welche die gesamte nachgelagerte Verwaltung einschließt, betraut sind. Mangelnde persönliche und fachliche Qualifikation vermag nicht nur die Funktionsfähigkeit der Regierung beeinträchtigen, sondern bedeutet in der Regierungspraxis auch persönliche Abhängigkeit; Treue Gefolgschaft dem Ministerpräsidenten und der Partei sichern den Regierungsmitgliedern am ehesten Verbleib im Amt, wird aber u.U. der exekutiven Verantwortung zum Wohle des Landes nicht immer bestmöglich gerecht.

IV. Zusammenfassung

Viele Landesverfassungen weisen inhaltsgleiche oder strukturell sehr ähnliche Vorschriftenkomplexe wie das GG hinsichtlich der Auswahl und Benennung der Kabinettsmitglieder auf. Daher sind die maßgeblichen Erwägungen im Bund auch auf die Landesebene übertragbar. Durch eine Änderung des Grundgesetzes bzw. der Länderverfassungen könnte eine Implementierung von Kriterien zur fachlichen Qualifikation von Ministern in zulässiger Weise erfolgen. In Ländern mit verfassungsrechtlich verankerten Zustimmungs- bzw. Bestätigungsvorbehalt durch den Landtag (dies gilt aber nicht in Thüringen) erscheint eine einfach-gesetzliche Regelung von (Mindest-) Qualifikationsanforderungen an die Regierungsmitglieder in Ausformung der parlamentarischen Mitwirkungs- und Kontrollrechte zumindest in gewissem Rahmen möglich, ohne gegen das Prinzip der Gewaltenteilung zu verstoßen.